

Schwedter Tageblatt

Verkundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Postfachkonto Berlin 39142.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezähler Bestellschein beifügen.



Angelassen werden die einseitige Zelle mit 20 Pf. berechnet. Für Unterhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 110

Donnerstag, den 10. Mai 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

- In Preußen sind 29 Landeswahlvorschläge zugelassen.
- Die Meldung einer Berliner Abendzeitung über eine bevorstehende Erhöhung der Posttarife ist von Anfang bis Ende erfunden.
- Bei Belfort ist angeblich ein Deutscher unter Spionagebeschuldigung verhaftet worden.
- Der Prozeß gegen die Denez-Ingenieure wird voraussichtlich am 15. Mai vor dem Obersten Gerichtshof in Moskau beginnen.
- Die Japaner haben nach heftigem Kampf die Stadt Finanzu und die Schantungbahn besetzt.
- Brasilien hat die Rückkehr in den Völkerbund abgelehnt.

Kriegszustand in China.

Beginn der japanischen Offensive. — Die Schantung-Bahn besetzt. — Kriegsrat in Tokio.

Die neuesten aus dem Fernen Osten vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß die japanische Aktion in Schantung einer Kriegserklärung an China gleichkommt. In Finanzu, dem Mittelpunkt des Konfliktes, besteht zwischen den japanischen und den süddinesischen Truppen ein tatsächlicher Kriegszustand. Die Japaner haben formell die Eisenbahn Tsingtau—Finanzu besetzt und offiziell mitgeteilt, daß der Angriff der Süddinesen sie gezwungen habe, Offensivmaßnahmen zu ergreifen.

Vor Beginn der Offensive hatte der Oberbefehlshaber des japanischen Expeditionskorps an den süddinesischen General Tschangtsaisch

ein kurzfristiges Ultimatum

gestellt, in dem er die sofortige Räumung der Stadt Finanzu verlangte. Außerdem forderte er von den Schutruppen, daß sie sich etwa 7 Meilen von jeder Seite der Schantung-Bahn zurückzögen. Schließlich verlangte er noch die Bestrafung des chinesischen Befehlshabers, dessen Truppen für die Niedermegehung der Japaner verantwortlich sind, die Entwaffnung der an den Ausschreitungen Schuldigen Truppen der chinesischen Südmarmee, die Einstellung der japanischen Forderungen und der Vorbereitung neuer Feindseligkeiten.

Als die Chinesen diese Forderungen ablehnten, ergriffen die japanischen Truppen in Finanzu sofort die Offensive gegen die chinesischen Südruppen, schlugen sie in einem wilden Sturmangriff in die Flucht und besetzten die strategischen Punkte der Stadt, darunter den Bahnhof, die Kasernen und die Telegraphenämter. Außerdem haben die Japaner nach heftigen Kämpfen, die auf der ganzen Eisenbahnstrecke Tsingtau—Finanzu entbrannt sind, die Bahn besetzt und sich entlang der Eisenbahn eingegraben. Sämtliche Stationen und militärischen Gebäude in den Dörfern an der Bahn sind gleichfalls von den Japanern besetzt worden, die zahlreiche Munitionslager der Nationalisten zerstört haben.

Starke japanische Verstärkungen sind von Tsingtau aus im Anmarsch nach Finanzu. Weiteren Berichten zufolge stehen in Japan 20 Transportschiffe bereit, um japanische Verstärkungen nach China zu senden. Aus Tokio wird berichtet, daß das japanische Kriegsministerium seine Aufmerksamkeit bereits der

Mobilisierung einer Expeditionskreuzkraft von 50 000 Mann,

falls sich diese als notwendig erweisen sollte, zuwendet. Die Maßnahmen des Kriegeministers sind von dem Kriegsrat, an dem alle bedeutenden Staatsmänner und die Militär- und Marineoberbefehlshaber teilnehmen, genehmigt worden. Desgleichen hat der Kaiser der bereits angekündigten Entsendung einer 3. Division, der Division Nagoya, nach Tsingtau zugestimmt, wodurch die Zahl der japanischen Streitkräfte in Schantung auf rund 26 000 erhöht wird. Fünf Kompanien Infanterie erhielten Befehl, sich unverzüglich nach Tientsin zu begeben. Sieben Torpedobootszerstörer gingen nach Hankow, Amoy und Futschau ab. Man rechnet damit, daß demnächst vier weitere Torpedobootszerstörer nach Süchina fahren werden.

Ein Beschwichtigungsversuch.

Die Entsendung einer so starken Truppenmacht nach China hat begreiflicherweise bei den übrigen Großmächten, vor allem in Amerika, das eine dauernde Festsetzung Japans in China keineswegs dulden würde, großes Aufsehen erregt. Der japanische Ministerpräsident Tanaka hat die Botschafter Groß-

Britanniens, Amerikas, Frankreichs und Italiens nach dem japanischen Auswärtigen Amt eingeladen, wo er ihnen die Einzelheiten der Finanzu-Angelegenheit, die allgemeine Lage in Schantung und die Notwendigkeit für die Entsendung japanischer Truppen auseinandersetzte.

Auslandsanleihen deutscher Städte.

Eine Sammelanleihe der Girozentrale. Die Beratungsstelle für Auslandskredite befürwortete den Antrag des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes, im Laufe der nächsten Zeit eine Sammelanleihe deutscher Städte in Höhe von ungefähr 17½ Millionen Dollar an den Auslandsmarkt zu bringen. Die Beratungsstelle wird dafür Sorge tragen, daß alle die Städte, die im Rahmen der Anleihe der Girozentrale zu berücksichtigen sind, anteilmäßig nach Maßgabe der von der Beratungsstelle befürworteten Beträge an dem Erlös der Anleihe teilnehmen. Ferner befürwortete die Beratungsstelle die akbaldige Ausgabe von Anleihen der Städte Berlin und Frankfurt a. M.

Für den Herbst ist die Ausgabe eines zweiten Teiles der Anleihe des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes und die Ausgabe einiger weniger Einzelanleihen großer deutscher Städte vorgesehen.

Der Kolmarer Prozeß.

Die Verteidiger beschwerten sich beim Justizminister.

Die Verhandlungen in dem Kolmarer Autonomistenprozeß verliefen sich von Tag zu Tag immer mehr ins Uferlose, so daß sich die Verteidiger veranlaßt sahen, geschlossen gegen die Prozeßführung zu protestieren. Sämtliche Rechtsanwälte haben an den Justizminister eine Mitteilung gerichtet, in der sie gegen die Beschränkung des Rechts der Verteidigung, die protokolllarisch festgestellt sei, protestieren, sowie bei dieser Gelegenheit auf den Abbruch des Verfahrens der Angeklagten und auf eine Zusammenarbeit zwischen dem Zeugen Bauer und dem Vorsitzenden hinweisen, während von Komplott gegen die Sicherheit des Staates nichts zu hören sei.

Nach Abschluß der Vernehmung des Hauptbelastungszeugen Bauer erhielt der erste Angeklagte Kildin das Wort, um zu den Aussagen des Zeugen Stellung zu nehmen.

Dabei erläuterte Kildin auch die Autonomiebewegung vor dem Kriege. Sie sei mit der jetzigen gar nicht zu vergleichen. Vor dem Kriege habe es sich darum gehandelt, der Germanisierung zu widerstehen, jetzt handele es sich darum, sich den allzu starken Assimilierungsbestrebungen und der Ausrottung der Elsaß-Lothringer zu widersetzen. Im übrigen, so erklärte Dr. Kildin, könne man doch für das, was die nach Deutschland übergesiedelten Elsaß-Lothringer in Deutschland tun, nicht die hier lebenden Elsaßer verantwortlich machen.

Alsdann äußerte sich der von seinem Priesteramt suspendierte Angeklagte Jachauer über die Gründung der Verlagsgesellschaft Germania und berichtete dabei eingehend über das Schweizerische Darlehen von 820 000 französischen Franken, das man deshalb bei einer Luzerner Bank und nicht im Elsaß deponiert habe, um die etwaigen Formalitäten beim Umverschleßen dieser Gelder zu vermeiden.

Eine Erklärung des Vereins für das Deutschtum im Auslande.

Im Kolmarer Prozeß wurde vom Staatsanwalt die Beschuldigung erhoben, daß die elsass-lothringische Autonomiebewegung vom Verein für das Deutschtum im Auslande unterstützt worden sei. Demgegenüber gibt der V. D. A. folgende Erklärung ab:

„Der V. D. A., der völlig unpolitisch nur für Unterhaltung deutscher Schulen und Kulturinstitutionen im Auslande sorgt, ist weder um eine solche Unterstützung gebeten worden, noch hat er eine solche Unterstützung je gewährt.“

Verhaftung eines Deutschen in Belfort?

Die Agentur Havas veröffentlicht erst jetzt einen Bericht aus Belfort, in dem es heißt, man habe Anfang April in Belfort einen Deutschen aus der Gegend von Freiburg im Breisgau verhaftet, der mit einem Elsäßer in Verbindung gestanden habe, um militärische Geheimnisse zu erlangen, und besonders Militärpapiere, in denen Mobilisierungsanordnungen enthalten seien. Der Havasbericht fährt dann fort, man erinnere sich jetzt, daß vor vier Monaten zwei der Angeeschuldigten im Kolmarer Autonomistenprozeß, Stöb-

ler und Baumann, beschuldigt wurden, den Versuch gemacht zu haben, sich Militärpapiere für Rechnung des Spionagedienstes in Freiburg (?) zu besorgen. Der Verhaftete wird in der Meldung als einer der aktivsten Agenten des deutschen Spionagedienstes in der Gegend von Freiburg bezeichnet.

Es scheint ratsam, noch genauere Informationen über diese Behauptungen abzuwarten.

Politische Rundschau.

Berlin, den 10. Mai 1928.

Die drei im Denezbecken verhafteten deutschen Ingenieure, Maier, Otto und Badstieber, wurden erneut von dem Vertreter der deutschen Volkspartei in Moskau, Dr. Schliep, besucht. Der Besuch galt in der Hauptsache der Bestellung eines Verteidigers.

Der preußische Landtagsabgeordnete Viktor Schwenk-Oberhausen, der im Wahlkreis Düsseldorf-West neben der offiziellen Wahlliste der Wirtschaftspartei eine eigene Liste der Wirtschaftspartei eingebracht hat, wurde vom Parteivorstand aus der Partei ausgeschlossen.

29 Parteien in Preußen. Nach dem Reichswahlaußschuß hat nun auch der preußische Landeswahlaußschuß über die Zulassung der Landeslisten und ihre Nummernfolge Beschluß gefaßt. Von 30 eingereichten Wahlvorschlägen wurden 29 Listen genehmigt. Die Listen von 1 bis 16 wurden in der gleichen Reihenfolge wie im Reich nummeriert, es fehlen jedoch in Preußen die Listen 7 (Bayerische Volkspartei) und die Liste 14 (Landbund). Von den beiden unter der Bezeichnung „Vollrechtspartei“ eingebrachten Vorschlägen wurde die von Friedrich Höpne geführte Vollrechtspartei zurückgenommen. Neu unter den Landeslisten erscheinen die Zentrumspartei Niedersachsen und die Christlich-Nationale Mittelstandspartei. Für die Nummer 13, die einem Wahlvorschlag der Deutsch-Hannoverschen Partei vorbehalten war, ist, wie im Reich, keine Liste eingegangen.

Erklärungen der Firma Knapp zur Denez-Angelegenheit.

Essen, 10. Mai. Zu den russischen Meldungen, daß die Firma Knapp in Wanne-Eickel in Rußland unlautere Machenschaften betrieben habe, erklärt die Firma, daß sie niemals minderwertige Maschinen nach Rußland geliefert habe. Es sei ganz ausgeschlossen, daß der Monteur Badstieber gestanden haben soll, daß er minderwertige Maschinen der Firma Knapp installiert habe. Es sei auch ausgeschlossen, daß Badstieber einen Grubendirektor bestochen habe. Dazu hätten ihm die Mittel gefehlt. Von der Firma Knapp sei ihm irgendein Betrag zu unlauteren Machenschaften nicht gegeben worden.

Ausland.

Der bekannte französische Abgeordnete Franklin Bouillon plant die Gründung einer neuen Partei, der er den Namen „Unionistische Linke“ zu geben gedenkt.

Der dänische Ministerpräsident Madson-Myrdal ist nach Nordfleswig abgereist, um sich über die dortige wirtschaftliche Lage an Ort und Stelle zu unterrichten.

In Saloniki wurden zwei bulgarische Komitafistis erschossen, die überführt worden waren, Dynamitattentate in Saloniki vorbereitet zu haben.

Brasilien bleibt dem Völkerbund fern.

Auf die vom Völkerbundsrat am 9. März an Spanien und Brasilien gerichtete feierliche Aufforderung zur Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft im Völkerbunde, die von der spanischen Regierung bekanntlich bereits im bejahenden Sinne beantwortet ist, hat nunmehr die brasilianische Regierung negativ geantwortet.

Sofortige Ausweisung Carols.

London, 10. Mai. Auf Befragen teilte der englische Innenminister Hicks im Unterhaus mit, er habe nach einer Besprechung mit dem Außenminister Chamberlain dem Prinzen Carol mitteilen lassen, daß seine Anwesenheit in England nicht länger erwünscht sei und daß er seinen Besuch ohne Verzug beenden müsse. Wie verlautet, wird Prinz Carol England in ein oder zwei Tagen verlassen.

Die Verhandlungen mit den technischen Angestellten-Verbänden des Ruhrbergbaues sind ergebnislos verlaufen. Voraussichtlich werden sich demnächst die Schlichtungsinstanzen mit der Angelegenheit befassen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 6. April 1 136 000. Dies bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres eine Zunahme um 114 272.